

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Pettzeile 20 Hfg.
Gericht: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 249.

Mittwoch, den 23. Oktober 1918.

75. Jahrgang.

Ein neuer Bundesgenosse.

Mit den russischen Bolschewisten finden die Entente-Mächte beim besten Willen kein Auskommen, und ihre Regierungen haben bei aller Kunst der Menschenbehandlung es doch nicht verstanden, auch die Lenin und Trotzki vor ihren Wagen zu spannen. Das hindert sie aber nicht im mindesten, die Richtung als solche ihren Zwecken dienstbar zu machen, wo sie glauben, damit ihren großen machtpolitischen Zielen näher kommen zu können.

Besonders wertvoll wäre ihnen natürlich der Sieg des Bolschewismus in Deutschland. Unfähig oder nicht gewillt, den tieferen Sinn der Umgestaltung unserer inneren Verfassungszustände zu begreifen, halten sie sich an die äußere Latsche, daß in der neuen Volksregierung die Sozialdemokratie Sitz und Stimme hat, und leben nun in der Erwartung, daß nicht eine andere Ordnung der Staatsverhältnisse, auf die es in Wirklichkeit abgesehen ist, sondern daß Unordnung und Auflösung in Deutschland sich ausbreiten und schließlich zum Untergange des Reiches führen werden. Ganz nach russischem Beispiel. In Washington z. B. spricht man ganz offen davon, daß ein Sieg der deutschen Sozialdemokratie zwar zu wünschen wäre, aber erst durch den Bolschewismus könne Deutschland in ein Chaos gestürzt werden. Auch mit Österreich-Ungarn möchte man sich am liebsten dieses neuen Bundesgenossen bedienen. Ob die ausgesprochene Absicht dazu vorliegt, mag vielleicht noch zweifelhaft erscheinen; aber die Wirkung tritt es Folge der schroffen Ablehnung des Friedensgesuches durch den Präsidenten Wilson schon jetzt offen zutage. In Bezug gewinnen die radikal-sozialistischen Elemente ständig an Boden, und der Scheinführer Stinnes, den die Ereignisse der letzten Monate an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegung gehoben haben, genießt nicht mehr die unbeschränkte Macht, die langsam aber sicher an den bedrückten Rumpfmacher Mosca und die bolschewistischen Elemente übergeht.

Nicht viel anders ist es in Polen. Auch hier steigt der Einfluß der Allerradikalen. Der Regent hat sich nur mühsam gegen den Ansturm der „bürgerlichen“ Kräfte behauptet, die durch Zuwanderung talentvoller Persönlichkeiten aus dem Russischen fortdauernd Unterstützung erhält und sich mit sehr unanständiger Drück zur Herrin der Lage aufzuschwingen sucht. Die Stammesbrüder aus Galizien, die bereits in Warschau über die Vereinigung der bislang getrennten Landesteile unterhandeln, haben von dort ein sehr weitgehendes Regierungsprogramm mitgebracht, dem man es schon auf hundert Schritte Entfernung ansieht, daß es dazu bestimmt ist, den Sozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber in Rußland hat Kerenski mit solchen Methoden gar kein Glück gehabt, und es ist noch sehr die Frage, ob die Polen mit ihnen bessere Erfahrungen machen werden. Auf den russischen Bolschewismus beruft sich die Entente als Rechtfertigung für ihr Eingreifen an der Murmanküste und ihren Vormarsch in Sibirien. Kommt er auch in Polen und in Böhmen zur Herrschaft, so kann man auch in diesen Ländern, ohne sich im mindesten zu zieren, nach dem Rechten sehen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird auf dem Papier für alle Zeit unangefastet bleiben; nur in der Praxis muß es sich schon einige Einschränkungen gefallen lassen — natürlich einsig und allein zugunsten des Angeschwemmten und seiner dienstbefähigten Schleppenträger in Ost und West.

In Wahrheit ist der Bolschewismus ein Feind der ganzen Kulturwelt, aller Völker. Keine Regierung sollte mit ihm liebäugeln, wenn auch nur auf Kosten anderer Länder. Siegt er an einer Stelle, so gerät zunächst die unmittelbare, dann auch die weitere Nachbarschaft in Lebensgefahr. Die Zeit wird kommen, wo unsere Feinde von heute die Wahrheit dieser Erkenntnis am eigenen Leibe verspüren werden.

Der neue Kurs in Deutschland.

Rede des Kanzlers im Reichstage.

(193. Sitzung.)

OB. Berlin, 22. Oktober.

Die heutige Reichstagsitzung trug ein ganz besonderes Gepräge. Das Haus wußte, daß der Kanzler neue programmatische Erklärungen abgeben und seine alten vertiefen und ergänzen wollte. Alle Bänke und die Tribünen waren gut besucht und mit ungeheurer Spannung sah das Haus den Ausführungen des Kanzlers entgegen.

Sitzungsbericht.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Prinz Max von Baden, v. Bamer, Graf Roedern, Rablin, Risso, Groeber, Scheidemann, Daubmann, Erberger, Trimbhorn, Schick, v. Mann, v. Breitenbach, Dr. Solf, Bauer, Schiffer.

Nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten Behrensdorf wurden die kleinen Anfragen von der Tagesordnung abgesetzt und der Gelegenheit über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Übergangswirtschaft wird auf Antrag des Abg. Dore (Sp.) dem Austausch für Handel und Gewerbe überwiegen. Der Beratung gestellt werden dann die neuen Gesetze zur Abänderung der Reichsverfassung, d. h. der Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers und die Vorlage über die Mitwirkung des Reichstages bei Kriegserklärungen und beim Friedensschluß. Im Anschluß an diese Vorlagen findet eine allgemeine politische Aussprache statt. Der Präsident erteilt sofort das Wort dem

Reichskanzler Prinz Max von Baden.

Seitdem ich zum ersten Male zu Ihnen sprach, sind infolge der Friedenssituation, die die Regierung bei ihrem Amtsantritt eingeleitet hat, weitere Schritte von beiden Seiten getan worden. Zunächst kamen des Präsidenten Wilsons Gegenfragen, unsere unabweisende bejahende Antwort hat zu erneuten Anfragen des Präsidenten geführt und unsere Antwort darauf ist allgemein verständlich worden.

Meine Herren,

Das ganze deutsche Volk wartet darauf, zu hören, welche Aussichten die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu sehen glaubt.

Sie werden verstehen, daß ich mich hierüber nur mit größter Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, die Debatte möge sich eine dem Ernst der Stunde entsprechende Beschränkung auferlegen. Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson angeregt worden. Diese Debatte gibt den Äußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als dieses eine sagen: die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage:

Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden?

auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um den Gewinnungsstreit, der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgetragen wird, wie er auch in gleicher Lage bei uns ausgetragen werden mußte. Auf der einen Seite erheben diejenigen lauter denn je ihre Stimme, die sich einbilden, der Augenblick sei da, in dem sie alle die angelammelten Leidenschaften, den Haß und die Rachsucht, auf dem Boden unserer deutschen Heimat stillen können; auf der anderen Seite sind die aufrichtigen Anhänger des Völkervertrages vollständig klar darüber, daß der Grundgedanke des neuen Glaubens heute seine entscheidende Probe besteht. Dieser Grundgedanke lautet:

Ehe irgendeine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, Zwangsmittel zur Durchführung des von ihr vertretenen Rechtes gegen andere Nationen anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger Übereinkunft den Frieden zu erhalten oder, auf die gegenwärtige internationale Lage angewendet, ihn zu erreichen.

Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir können die feindlichen Gewalten erkennen, die gegeneinander stehen, aber nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen.

Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volk seine Arbeit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsfreie ausgehen wird. Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgültige Gewissheit bringen. Bis dahin müssen wir uns in allen unseren Gedanken und in allen unseren Handlungen auf die beiden Möglichkeiten stützen: Erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das bis zum äußersten geht. Wenn diese Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, wie sie im Namen des deutschen Volkes sprechen durfte, als sie für den Frieden handelnd eingriff. (Beifall.) Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt, hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflustig dem Gewaltfrieden zu beugen. (Beif. Zustimmung.)

Eine Regierung, die hierfür kein Empfinden hat, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben (Sehr richtig) und würde vom Born der Öffentlichkeit hinweggeführt. Aber auch die zweite Möglichkeit müssen wir schon heute in ihrer ganzen Tragweite ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden, die Nation hat heute ein Recht, die Frage zu stellen: wenn nun ein Frieden auf der Basis der Wilsonschen Bedingungen zustande kommt — was bedeutet das für unser Leben und für unsere Zukunft? Erst unsere Antwort auf die Fragen des Präsidenten hat, nach dem Widerhall der öffentlichen Meinung zu schließen, dem deutschen Volke zum Verurteilen gebracht, um was es sich handelt. Jetzt will es Klarheit haben. Ja, es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite für unsere Nachstellung. Es soll nicht mehr gelten, was wir selbst für recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern für recht erkannt wird.

Eine schwere Überwindung für ein stolzes und kriegsgewohntes Volk, denn die Rechtsfrage macht nicht halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen dürfen. Sätze, die wir als für uns maßgebend angenommen haben, berühren auch Probleme innerhalb des Reichsgebietes. Uns ist von vielen Seiten entgegengehalten worden, daß die Annahme der Wilsonschen Bedingungen die Unterwerfung unter ein deutslandsfeindliches Tribunal bedeutet. Wenn dem so wäre — warum scheuen denn alle die extremen Reichspolitiker in der Entente das Verhandlungstisch wie der Schakidie das Gericht!

Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist der Völkervertrag.

Er kann gar nicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker sich zur nationalen Selbstüberwindung aufraffen. Das Zustandekommen einer solchen Völkergemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teiles der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von anderen. Für unsere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwicklung folgen.

Verharren wir innerlich auf der Basis des nationalen Egoismus, der bis vor kurzer Zeit die herrschende Kraft im Leben der Völker war, dann gibt es für uns keine Wiederaufbau und Erneuerung. (Sehr richtig.) Dann bleibt ein Gefühl der Bitterkeit, das uns für Generationen lahmlegen wird. Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist und wenn wir uns dieser Idee nicht widerstrebend unterwerfen, nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freiwilligkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. (Beifall.)

In dieser Aufgabe wird das deutsche Volk mit allem sachlichen Ernst, mit aller Gewissenhaftigkeit mitarbeiten, die unser Erbe ist.

Wir brauchen nur auf die Zeit vor zwei Generationen zurückzugreifen, um alle notwendigen moralischen Triebfedern für die neue Entwicklung vorzufinden. Sind aber einmal diese Menschheitsziele unser, so wird die Zusammenarbeit der Nationen zu einer großen befreienden Aufgabe.

Ich möchte meine Worte zitieren, die ich am 19. Februar sagte: „Der bloße Daseinskampf, wenn er allein steht, läßt arde menschliche Kräfte unerschöpfen. Wir müssen das

Glück und das Recht unserer Völker in unser nationales Leben aufnehmen.“ Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unsern Völkern den Völkervertragsgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so täusche ich mich keinen Augenblick darüber, daß noch gewaltige Widerstände zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann. Kein Mensch kann sagen, ob das rasch oder langsam geben wird.

Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zum weiteren Kampf aufrufen oder mag sich der Weg zum Frieden eröffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gewachsen sein werden durch die Durchführung unseres Regierungsprogramms, das die entschiedene Abkehr vom alten Wege bedeutet. (Bravo!)

Damit bin ich zu den Fragen der inneren Politik gekommen, über die ich der deutschen Volkswertung Rechenschaft schuldig bin.

Meine Herren, ich habe Ihnen schon am 15. Oktober die allgemeinen Grundzüge dargelegt, nach denen ich mein Amt als Kanzler zu führen gedenke und die dem Programm der Reichsparteien entsprechen. Durch diese Grundzüge geleitet habe ich mit meinen Mitarbeitern die Schritte getan, die im Innern Deutschlands freibewilligte Zustände herbeiführen sollen. Die

Reform des Wahlrechts in Preußen

ist durch das dankenswerte Entgegenkommen der Parteien auf die Vorschläge der Regierung soweit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts dort gesichert ist. (Beif. Bravo!) Dem Reichstag liegen zwei Gesetzentwürfe vor, die die neue Regierungsweise von den Verfassungsschranken befreien soll, die ihr noch im Wege stehen. Der erste Entwurf will den Mitgliedern dieses hohen Hauses die Möglichkeit schaffen, in die Reichsleitung einzutreten, ohne ihr Reichstagsmandat zu verlieren. Das ist unerlässlich, wenn die Verbindung zwischen dem Parlament und der Obersten Reichsbehörde so fest bleiben soll wie die gemeinsame Arbeit und das gegenseitige Vertrauen es erfordern. Der Entwurf schlägt ferner eine Änderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Bisher konnten nur die Leiter der Obersten Reichsbehörde Stellvertreter des Kanzlers werden. In Zukunft sollen sich Reichstagsabgeordnete an der Leitung der Reichspolitik beteiligen und namens des Reichskanzlers Rede stehen können, ohne zugleich ein Ressort bekommen zu haben. Wir sind überzeugt, daß sich dieser neue Weg als sehr fruchtbar erweisen wird. Der Entwurf schlägt ferner vor, daß die Regierung, sondern mittelbar auch für das Parlament erweisen wird. Der künftige geborene Führer aus allen freien Berufen wird dadurch nicht verfehlt. Im Zusammenhang hiermit stehen die Vorarbeiten zum rechtlichen Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, die durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zu sichern wäre. Man könnte es zwar bezweifeln, ob es der Befähigung der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers durch einen Staatsgerichtshof noch bedarf, da kein Kanzler oder Staatssekretär im Amt bleiben kann, wenn er das Vertrauen der Mehrheit dieses Hauses verloren hat. (Sehr richtig.) Ich halte es aber doch für besser, wenn die politische Neugestaltung der deutschen Regierungsform auch durch eine Neuordnung des öffentlichen Rechts bekräftigt und verhängt wird und ich hoffe deshalb, dem Reichstag das Ergebnis der Vorarbeiten bald vorlegen zu können. (Bravo!)

Das neue System der Reichsregierung hat eine neue Regierungsweise in den Reichsländern zur natürlichen Folge gehabt. Die Staatshalterchaft in Elsaß-Lothringen hat ein Elässer übernommen, ein Elässer ist kein Staatssekretär geworden. In die Landesregierung sollen weiter führende Männer aus der zweiten Kammer des Landtages eintreten. Ich nehme an, daß der neue Herr Statthalter mit den Parteiführern ein Programm für seine Regierung aufstellen und es der Öffentlichkeit darlegen wird.

Der zweite Entwurf, der die Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung bewirkt, enthält die Festlegung des Grundgedankens der neuen Regierungsweise. Er will, daß der Reichstag als die berufene Volksvertretung bei der Entscheidung der wichtigsten Lebensfragen der ganzen Nation, bei der

Frage von Krieg und Frieden

ein volles Mitbestimmungsrecht hat. (Beif. Bravo.) Darin liegt eine Gewähr für die friedliche Weiterentwicklung des Reiches und seiner Beziehungen zu den anderen Mächten. Im weiteren Verlauf seiner Rede befaßt sich der Reichskanzler mit dem Belagerungszustand, den er während der Kriegszeit als noch nicht endgültig bezeichnet, und nimmt im übrigen Bezug auf sein Programm vom 6. Oktober, das zum Teil bereits zur Ausführung gelangt ist. Der Reichskanzler fährt fort: Allen Schritten auf der neuen Bahn, die ich ausgedacht habe, haben alle verfassungsmäßigen Instanzen einmütig zugestimmt. Wenn Sie, woran ich nicht zweifle, dem Verlangen auch Ihre Zustimmung, so wird die Volkswirtschaft in den Reichsgebieten verankert werden. Gegenüber der Mehrheit des Reichstages stelle ich namens der Regierung fest, daß meine Kollegen und ich sowohl im Ziel als auch in der Art, in dem wir ihn nachstreben, vollständig einig sind.

Das Ziel, dem wir nachstreben, ist die politische Unabhängigkeit des deutschen Volkes. (Beifall bei der Mehrheit.) Das deutsche Volk sieht seit langem im Sattel, nun soll es reiten. (Beifall bei der Mehrheit.) Unser Volk hatte schon längst eine Reihe von Rechten, um die es mancher seiner politisch reifen Nachbarn beneidet hat. Die deutsche kommunale Selbstverwaltung war von jeher in jeder Hinsicht vorbildlich auch für andere Völker. (Sehr richtig.) Das Reichstagswahlrecht war lange Zeit das freieste Wahlrecht der Welt, aber das deutsche Volk machte von seiner Macht an den entscheidenden Punkten keinen Gebrauch. Seine Souveränität zeigte sich in großen Einseitigkeiten außerhalb der Politik.

Nicht der Willkür der eingesetzten Gewalten, sondern dem Mangel an politischen Willen verdankt das deutsche Volk, daß es so lange als der Obrigkeitsskizze galt. (Sehr richtig.)

Seit dem Juli 1917 reifte der Entschluß zur politischen Verantwortung und Ende September 1918 kam es zum Durchbruch. Jetzt soll dieser Beschluß gefällige Festlegung erhalten. Darin liegt die Gewähr für den Bestand und die Dauer des neuen Systems.

Wir dürfen nicht um des Unlaufes willen, auch nicht um der Not des Augenblicks Herr zu werden, zu Regierungsformen greifen, hinter denen nicht unsere innere Abneigung

zeugung steht und die nicht der Ausdruck unserer Eigenart sind. (Sehr richtig.) Um unsere Eigenschaften ruhig zu entwickeln, müssen wir unser Dasein nicht ändern können.

Vor den Toren steht der Feind,

unser erster und letzter Gedanke gehört den Tapfern, die sich gegen eine Übermacht verteidigen und die wir gegen ungerechte Anklagen verteidigen. (Beifall.) Unsere Soldaten haben es heute furchtbar schwer, sie kämpfen mit der Sorge um die Heimat, sie kämpfen mit dem Gedanken an den Frieden, aber sie halten Stand. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir rufen ihnen zu: Die Heimat läßt euch nicht im Stich, was nur ein Volk euch geben kann, das soll euch werden. (Stürmischer Beifall.)

Die Aussprache.

In der folgenden Aussprache verliest Abg. Gerold (Str.) eine Erklärung seiner Partei, die noch einige Wünsche verfassungsgerechter Natur vorbringt. Sie schließt mit dem Ausdruck der Zusage, daß sich das deutsche Volk nicht vernichten läßt. Wenn es nötig sei, müsse der letzte Mann zur Rettung des Vaterlandes aufbehalten werden.

Abg. Ebert (Sop.): Die Demokratie hat in Deutschland die Macht ergriffen, weil nur sie das Land zu retten vermag. Die verlorne Bureaukratie und das bürokratische Junkertum haben ausgelebt, die Militärgewalt darf nicht länger Staat im Staat sein, für das persönliche Regiment ist kein Raum mehr. Am Schlusse seiner Rede lacht der Abg. Ebert den Eintritt seiner Partei in die Regierung zu erklären, wenn es nur zu einem ersten Schritt führt.

Abg. D. Naumann (Op.): Der Gang der Taten unserer Partei wird weit in die Zukunft leuchten. Sie haben übermenschliches getan für Volk und Vaterland, obwohl sie draußen Geldern erster Klasse, dahinter Staatsbürger dritter Klasse waren. Nun sollen die Massen künftig dahinter auch etwas zu sagen haben. Die parlamentarische Regierung wird auch dem Reichstag zu Gute kommen. Bisher war das Parlament der Salon der Ausgeschlossenen; nun wird das Gefühl des Ausgeschlossenen Platz machen dem Gefühl der Zusammengehörigkeit mit der Regierung. Auch die Opposition wird natürlich bleiben. Wenn die Mehrheit regierende Kraft hat, muß die Opposition verhalten sich zu ihr. Dazu gehört das Recht der freien Kritik. Die liberale Opposition ist sich ja merkwürdigerweise aus den beiden äußersten Flügeln rechts und links zusammen. Für die Gruppe Ledebour bedeutet der jetzige Zustand und das Recht der schrankenlosen Kritik keine Erneuerung; sie bleibt das konservative Element. (Stürmische Beifälle.) Die Konservativen waren dagegen bisher allein in der Regierung vertreten. Sie haben jetzt das Gefühl, daß man ihnen etwas genommen hat, aber natürlich auch das Gefühl, dieserhalb Kritik üben zu müssen, daß man immer bei gegenüber einem Nachfolger. Aber auch der konservative Partei wird die Wandlung zugute kommen, und sie wird, will sie wieder in die Regierung gelangen, die Mehrheit und für diesen Zweck die Massen gewinnen müssen. Jetzt aber, wenn es zu weiterer Kampfe kommt, stehen Mehrheit und Opposition geschlossen zusammen: die Lebenshaltung der Nation ist das letzte Gesetz all unserer Parteien und unserer Oppositionen. Nur wird unsere Diplomatie künftig eindeutig sein müssen, nicht mehr A und B zugleich, oder abwechselnd A und B, sondern A oder B sagen müssen.

Abg. Stresemann (nat.): Wenn einmal der Haß der Völker leidenschaftlicher Betrachter geworden sein wird, dann wird, was die deutschen Völker geleistet haben, für die höchste Kraftentfaltung eines Volkes in seinem Daseinskampfe anerkannt werden. Deshalb konnte unsere Regierung ungeheuren Kampfes das Erreichen eines Waffenstillstandes ausführen. (Beifall.) Wir danken dem Reichskanzler daher, daß er das deutsche Volk gegen den Angriff auf seinen Lebensraum in Schutz genommen und es unterstützt hat, daß das deutsche Volk und das deutsche Volk eins sind. Die Entscheidung, ob der Krieg fortbauern soll oder nicht, liegt jetzt bei Willen. Geht das Blutvergießen weiter, so kommt das Blut, das noch fließen wird, nach allem, was wir in den letzten Wochen getan und zugehört haben, jedenfalls nicht auf unser Haupt. Von einem bulgarischen Verrat sollte man nicht sprechen. Der Zusammenbruch der deutschfreundlichen Partei in Bulgarien und des bulgarischen Heeres ist letzten Endes verschuldet durch den Frieden von Bukarest. In Österreich-Ungarn teilen sich die Völker neu auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes. Die Dinge sind im Gange, wie immer sie sich aber gestalten werden, Deutsch-Österreich und Deutschland werden immer eng zusammenstehen. Das ist ein Lichtblick in diesen dunklen Zeiten. Gerade als Monarchisten glauben wir der Monarchie am besten zu dienen, wenn wir uns an der Neuordnung beteiligen. (Beifall.)

Abg. Wehner (konf.): Meine Freunde sehen in der Entwicklung der Dinge keinen Fortschritt, sondern eine verhängnisvolle Wendung, von der wir schwere Gefahren für das Vaterland befürchten. Was erreicht worden ist, war das Ziel der Demokratie, aber auch gleichzeitig der Wunsch unserer Feinde. Künftig wird nicht mehr kaiserliche Politik getrieben, sondern die Minister sind ein Vollzugsorgan für die hinter ihnen stehenden Parteien. Damit sind die Grundlagen erschüttert, auf denen das Deutsche Reich aufgebaut ist und auf denen es die Kraft zu vierjährigem Widerstand geschöpft hat.

Daß die bundesstaatlichen Grundlagen aufrecht erhalten bleiben, glauben wir nicht: Wer die Macht des Kaisers beschränkt, entzweit den König von Preußen!

Die deutsche Antwort auf die feindlichen Verleumdungen gegen unser Volk hätte viel stärker gelautet werden müssen, statt sie zur Dummheit auszugeben. Wenn die neue Regierung das Volk zum Kampfe aufruft, statt einen schmachvollen Frieden anzustreben, stellen auch wir uns hinter sie. (Beif. Beif.)

Am Schlusse der Sitzung bringen die Mehrheitsparteien folgenden Antrag ein: Der Reichstag billigt die Erklärungen des Reichskanzlers und spricht ihm sein Vertrauen aus! Weiterberatung morgen.

Österreich will weiter verhandeln.

Rede des Ministerpräsidenten Cusarek.

Wien, 22. Oktober.

Ministerpräsident Cusarek erklärte heute im Herrenhause, die Antwort Willsons biete keineswegs Anlaß, den angekündigten Gedankenaustrausch als abgebrochen zu betrachten. Wir werden vielmehr nach sorgfältiger Erwägung der in der Depesche Willsons enthaltenen Momente unsere Friedensaktion fortsetzen und an die Beantwortung der Note schreiten. Wir hoffen, daß die Friedensdiskussion trotz aller in der Nähe gelegenen Schwierigkeiten die Welt in nicht all zu langer Zeit aus den unsäglichen Leiden des Krieges herausführen wird.

Der Ministerpräsident erklärte dann, daß von alters her der Grundgedanke der habsburgischen Monarchie der war, daß alle ihre Völker gleichen Rechten seien. Deshalb kann sich Österreich ohne Abwendung von der eingewurzelten Überzeugung zu dem Friedensprogramm Willsons bekennen. Die Neuordnung unserer inneren Verhältnisse steht nicht bloß mit dem Friedensschritt im Zusammenhang, sondern ist auch eine innere Notwendigkeit. Das kaiserliche Manifest sei die logische und notwendige Ergänzung des Friedensschrittes. Nicht nur die Vertretung nach außen und der gemeinsame Schatz, sondern auch gewisse wirtschaftliche Beziehungen werden schon aus Zweckmäßigkeitsgründen zu einer Zusammenfassung der Kräfte drängen. Das Werk der Neuordnung würde selbstverständlich nur auf verfassungsmäßigem Wege durch das Zusammenwirken der Völker geschaffen werden.

Der deutsch-österreichische Staat.

Proklamation der Nationalversammlung.

Wien, 22. Oktober.

Die provisorische Konstituante der Deutschen Österreichs, die unter dem Druck der tschecho-slowakischen Entwicklung in Österreich getrennt zusammengetreten ist, hat eine Proklamation verfaßt, in der es heißt:

Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine zukünftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln. Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Südbanaten. Jeder Anzettel von Gebieten, die von den deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt sind, durch andere Nationen wird sich der deutsch-österreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meere werden wir uns durch Vereinbarungen mit den anderen Nationen sicherstellen lassen.

Der von der Nationalversammlung eingesetzte Vollzugsausschuß beschloß, aus seiner Mitte 3 Gruppen für die wichtigsten Arbeitsgebiete zu bilden: Krieg und Ausrüstung, Verwaltung und Verfassung, Volkswirtschaft und Ernährung. Gruppe 1 wird beauftragt, über die Willsonnote zu beraten und dem Vollzugsausschuß ehestens zu berichten. Ferner wurde beschlossen, die Konstituierung der deutschen Nationalversammlung der österreichischen Regierung, der ungarischen Regierung, den österreichischen Völkern und dem Auslande zu notifizieren. Der Ernährungsausschuß der deutschen Nationalversammlung beschloß, sich wegen Lieferung von Lebensmitteln mit den Stellen in Ungarn, Kroatien, Serbien und München in Verbindung zu setzen.

Sozialistische Sondererklärungen.

Unter den Erklärungen der einzelnen Parteien zu der Proklamation eines selbständigen Deutsch-Österreichs ist die der sozialistischen Parteien bemerkenswert, in der es u. a. heißt: Das deutsche Volk in Österreich soll ein demokratischer Staat, ein deutscher Volksstaat werden, der vollkommen frei entscheiden soll, wie er seine Beziehungen zu den Nachbarländern und mit den Nachbarvölkern zu einem

weiteren vereinigen will, wenn die Völker diese wollen. Nehmen aber die anderen Völker eine solche Gemeinschaft ab, oder wollen sie ihr nur unter Bedingungen zustimmen, die den wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entsprechen, dann wird

der deutsch-österreichische Staat, der, auf sich selbst gestellt, kein wirtschaftlich entwickelungsfähiges Gebilde wäre, gezwungen sein, sich als ein Sonderbundesstaat dem deutschen Volke anzugliedern.

Wir verlangen von dem deutsch-österreichischen Staat die volle Freiheit, zwischen diesen beiden möglichen Verbindungen zu wählen.

Die tschechische Selbständigkeit.

In Paris tagte unter dem Vorsitz von Kravarsky der tschechische Nationalausschuß und der tschechische Abgeordnetenvorstand. Die Beratungen waren vertraulich, es wurde eine Resolution gefaßt, in welcher sich der Nationalausschuß für Selbständigkeit des tschechischen Staates mit Umgehung der Wiener Instanzen und für den Schutz der Slowaken aussprach. Der Nationalausschuß und mit ihm ausnahmslos das ganze tschechische Volk verharren auf dem Standpunkte, die tschechische Frage habe aufgehört, eine Frage der inneren Regelung Österreichs zu sein. Sie sei eine internationale Frage und werde gemeinsam mit allen Weltfragen gelöst.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Der Empfang der neuen Staatssekretäre beim Kaiser vollzog sich in den herkömmlichen Formen. Die Vorstellung der Staatssekretäre Scheidemann, Groeber, Traubner, Haugmann, Trimborn, Bauer und der Unterstaatssekretäre David, Giesberts, Robert Schmidt, Dr. August Müller erfolgte durch den neuen Chef des Privatskabinetts von Delbrück. Zu Beginn hielt der Kaiser eine kurze Ansprache, die sich, gutem Vernehmen nach, in erster Linie mit der innerpolitischen Neuorientierung in Deutschland beschäftigte. Dann zog der Monarch jeden der Anwesenden in ein kurzes Gespräch. Mit den Herren, die ihm bereits bekannt waren, unterhielt sich der Kaiser besonders eingehend. Die politische Lage wurde während der Unterhaltung nicht gestreift. Der Empfang dauerte etwa eine halbe Stunde.

* Die Selbständigkeit Willsons und Cusareks ist nunmehr von der deutschen Regierung amtlich anerkannt worden. Dem Vorsitzenden des Vereinigten Landesrates von Willson, Cusarek, Riga und Oel, Baron Pilar von Pilchau, wurde eine vom Kaiser vollzogene Urkunde überreicht, nach der, da Rußland durch den Artikel 7 des deutsch-russischen Ergänzungsvertrages zum Berliner Friedensvertrag auf die Staatshoheit über Estland und Livland verzichtet habe, diese Gebiete im Namen des Deutschen Reiches als frei und selbständig anerkannt werden. Der ständige Ausschuß des Vereinigten Landesrates trat aus diesem Anlaß im Rigaer Schloß zusammen.

Belgien.

* Eine umfassende Amnestie im besetzten Belgien wird jetzt bekanntgegeben. Der Generalgouverneur General-Admiral Freiherr v. Falkenhayn hat unter dem 18. Oktober allen Belgiern und Angehörigen neutraler Staaten, die von deutschen Militärgerichten oder Militärbehörden im Gebiete des Generalgouvernements zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind und ihre Strafe zurzeit in Belgien verbüßen, den Rest der Strafe im Gnadenwege erlassen. Ausgeschlossen sind diejenigen, die wegen gemeiner Verbrechen verurteilt worden sind. Der Generalgouverneur hat weiter bestimmt, daß diejenigen Belgier und Angehörigen neutraler Staaten, gegen die im militärpolizeilichen Verfahren Freiheitsentziehung verfügt worden ist und die sich zurzeit in Belgien oder Deutschland in Lagern befinden, freigelassen werden. Mit der Entlassung ist am 21. Oktober d. J. begonnen worden. Nur eine beschränkte Anzahl von Persönlichkeiten, deren freie Bewegung in Belgien nach der Natur der Dinge nicht möglich ist, so lange daselbst noch gekämpft wird, wird erst bei der Räumung Belgiens in Freiheit gesetzt werden. — Für diejenigen Belgier, die ihre Strafe in Deutschland verbüßen, ist ein gleicher Gnadenakt in Vorbereitung.

Polen.

* Auf einer Versammlung der Vertreter aller Parteien, ausgenommen die polnische Sozialistenpartei — Unke und Sozialdemokratie — des Königreichs Polen

Rote Rosen.

Roman von D. Courths-Mahler.

28. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Nun — jetzt kann ich es Ihnen ja sagen, liebe Frau Baronin, ich sah das schon lange kommen. Ich bin ja die Vertraute meines Vaters, und er hatte mit in letzter Zeit sehr viel von seiner Braut gesprochen.“ Die Baronin war sehr verblüfft.

„Aber — sagten Sie mir nicht von einer Verzeihung mit einer hochstehenden Dame?“

Gräfin Gerlinde sah sich erschrocken um.

„Still, still! — Nicht davon sprechen, meine liebe Frau Baronin. Davon darf kein Mensch etwas ahnen. Das liegt ja auch weit zurück. Zu Ihnen gesagt, meine liebe Frau Baronin, ich bin ein wenig besorgt um das Glück des jungen Paares, und ich habe meinem Vater meine Ansicht auch nicht vorenthalten. Wir sind so gute, ehrliche Freunde, daß ich es für meine Pflicht hielt. Der Altersunterschied ist doch etwas groß.“

Die Baronin konnte sich gar nicht genug wundern über die Ruhe der Gräfin.

„Da habe ich mir wohl dummes Zeug eingebildet, als ich dachte, sie hätte etwas übrig für Graf Rainer“, dachte sie. Und laut fragte sie eifrig: „Wie alt ist denn die Braut?“

„Einundzwanzig Jahre.“

„Um, das ist freilich ein großer Unterschied. Aber Graf Rainer ist wohl der Mann, auch solch ein junges Geschöpf an sich zu fesseln und glücklich zu machen. Und das wollen wir von Herzen wünschen, da er sich nun einmal mit der jungen Dame verlobt hat.“

„Ehe die beiden Damen weiter sprechen konnten, traten einige der Herren ein und unterbrachen, zu Gräfin Gerlindes Erleichterung, das Gespräch.“

Auf der Heimfahrt, die Graf Rainer mit Gräfin Gerlinde vor Einbruch der Dämmerung antrat, waren die beiden Menschen erst sehr schweigsam und sahen in Gedanken verloren vor sich hin. Die Gräfin wartete noch immer schmerzhaft darauf, daß der Graf sie auffordern sollte, im Schloß wohnen zu bleiben.

Heute morgen hatte sie ihn zu sich rufen lassen. Er war dem Rufe sofort gefolgt, und da hatte sie zu ihm gesagt:

„Nieder Vetter, ich möchte den Familienschmerz in deine Hände zurückschieben. Es könnte ja sein, daß du ihn ganz oder teilweise deiner Braut übergeben wolltest. Bitte, nimm die Kassetten mit dem Schlüssel an dich und vergleihe den Inhalt mit dem Verzeichnis. Du wirst alles wohl geordnet finden.“

Das hatte sie gesagt, um ihn zum Sprechen zu zwingen über die künftige Wohnungsfrage.

Auch Graf Rainer wäre es erpöckelt gewesen, wenn in diesem Punkte endlich Klarheit zwischen ihm und der Gräfin geherrscht hätte. Aber als sie ihm mit so wehmütigem, blassem Gesicht, ohne ein Wort der Klage, den Schmutz auslieferte, da fand er abermals nicht die rechten Worte, um ihr so schonend als möglich von der Ueberredung zu sprechen. Mit jarten Dankesworten hatte er die Kassetten an sich genommen und ihr Zimmer verlassen.

Mit brennenden Augen hatte sie ihm nachgestarrt. Warum sagt er nichts, daß ich im Schloß wohnen bleiben soll? Er wird mir doch nicht wirklich zumuten, in das Witwenhaus überzusiedeln?

So hatte sie sich gefragt.

Auch jetzt auf dem Heimweg mußte sie wieder daran denken. Mit einem schmerzlichen sehnächtigen Blick sah sie in sein Gesicht. Er bemerkte es nicht. Seine Augen flohen ins Weite.

Wen suchten sie da?

Sie seufzte tief auf.

Da sprach er zusammen. Ein unsicheres Rächeln flog über sein Gesicht.

„Was bin ich für ein schlechter Gesellschafter! — Schilt mich aus, Gerlinde, daß ich dich so gelangweilt habe.“

„Das hast du nicht getan, Vetter. Ich war, genau wie du, in Gedanken versunken. Daß dich nicht stören. Ich denke, wir sind uns vertraut genug, daß wir auch einmal schweigend unsere Gesellschaft genießen können.“

Er zog ihre Hand an seine Lippen.

„Du bist eine wundervolle Frau, Gerlinde. In deiner Gesellschaft hat man immer das Gefühl, ver-

standen zu werden. Weißt du, daß solch vertrautes Schweigen bezaubernd sein kann, als die geistvollste, liebenswürdigste Plauderei?“ — Sie lachte ein wenig nervös.

„Das nenne ich mit Grazie den Mund verbieten!“ neckte sie. Aber ein ganz leise Berieselung hing hindurch.

Er aber blieb harmlos und lachte, wie über einen guten Scherz.

„Ihr Strafe mußt du nun mit mir plaudern, Gerlinde.“

Sie warf den Kopf zurück.

„Nun, ich will versuchen, ob ich ebenso verständnisvoll plaudern, wie schweigen kann“, dachte sie.

Und sie konnte es. Sie verstand es, wie immer, durch ihre geistvolle Unterhaltung zu fesseln und ging mit bewundernswürdiger Reichtum auf seinen Gedanken ein. Auf die schwersten Themen konnte sie ihm folgen, und man merkte ihm deutlich an, wie ein hoher Genie ihm diese Unterhaltung war.

Solch eine Plauderei mit einer so feinsinnigen Augen Frau vermag einen Mann mehr zu fesseln, als der dankenaustausch mit einem geistig gleichwertigen Mann.

Gräfin Gerlinde wußte in solchen Fällen den besten Gebrauch von ihren Geistesgaben zu machen, obwohl ihr positives Wissen durchaus nicht so groß war, als es scheinen wollte. Darin sind die Frauen den Männern über, daß sie die Schätze ihres Geistes gleichsam in einer anmutigen, bezaubernden Auslage zu Schau stellen können, ohne daß es wie ein geistiges Prozedur wirkt. Die elegante Reichtum in der Ausdrucksweise kommt ihnen hierbei zufluten. Der Mann ist schwerfälliger und umständlicher, wenn auch gründlicher.

So hatte Gräfin Gerlinde ihren Vetter schon oft gefesselt, aber heute tat sie es mehr denn je. Schmerzlich wurde sie sich bewußt, wie viel sie ihm hätte sein können.

(Fortsetzung folgt.)

und Litauens, wurde unter dem Bedauern des Fehlens von Vertretern Groß-Polen und Polens eine Entscheidung gefasst, in der der Interparteiliche Klub die sofortige Bildung der Regierung und Schaffung eines Nationalrats aus allen drei Teilungsgebieten und die Verfassung des Landtags forderte. Die linken Gruppen erklärten einmütig, daß sie im Hinblick auf die bestehenden Verhältnisse der Regierung nicht beitreten könnten. Die Rechte machte dagegen ihr Verhältnis zur zukünftigen Regierung von deren Zusammensetzung, ihrem Programm und ihren ersten Schritten abhängig. Die vereinigten Volksparteien Kongress-Polen und Galizien forderten vor allem die Bildung einer Regierung aus Vertretern aller polnischen Teilgebiete.

Rußland.

* Nach Bekanntgabe der Bereitwilligkeit Deutschlands auf Grund der 14 Wilson'schen Punkte auf Friedensverhandlungen einzugehen, sehen die bemittelten russischen und polnischen Kreise sowie die Juden mit großer Sorge der Räumung aller Gebiete östlich der alten Stellungen entgegen. Gerüchte von Greuelthaten der Bolschewisten im bereits geräumten Gebiete vermehren ihre Furcht. Nach Aussage des Flüchtlingskommissars in Gorjani (Bahn Polost-Witebsk) sehen die Wästen der im besetzten Gebiet durch das Vollzugs-Komitee in Witebsk zum Tode Verurteilten zwei Kategorien vor: 1. Eisenbahnbeamte in höheren Stellungen und 2. Gutbesitzer.

Großbritannien.

* Die Stellung Englands zu den 14 Punkten Wilson's kennzeichnete Bonar Law in der letzten Sitzung des Unterhauses. Im Namen der Regierung erklärte er, daß die Regierungen der Entente zu den 14 Punkten des Präsidenten der Vereinigten Staaten und seinen späteren Kriegszieleklärungen noch keinerlei Stellung genommen hätten. Ebenfalls hätte die Entente die Frage erörtert, ob die 14 Punkte Wilson's als Grundlage für Friedensverhandlungen mit Deutschland dienen könnten. Auf weitere Anfragen, die sich mit dem gleichen Gegenstande befaßten, lehnte Bonar Law die Antwort ab. Mit anderen Worten, die englische Regierung will sich nicht festlegen; sie lehnt auch heute noch eine deutliche Kriegszieleklärung ab.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 22. Okt. Die Kaiserin beging die Feier ihres 60. Geburtstages dem Ernst der Zeit entsprechend in aller Stille.

Berlin, 22. Okt. Der Regierungswechsel in Elßa-Lothringen wird jetzt amtlich bekanntgegeben.

Berlin, 22. Okt. Das preussische Abgeordnetenhaus tritt am Mittwoch zusammen.

Berlin, 22. Okt. Auf Verwendung des Staatssekretärs Scheidemann erfolgt im Laufe des heutigen Tages die Freilassung des Reichstagsabgeordneten Dieckhoff.

Wien, 22. Okt. Nach Meldungen aus Warschau bereitet der radikale Flügel des Altpolen ein Attentat gegen den Regentenschatz vor. Man beabsichtigt, nach Beilegung des derzeitigen Regentenschatzes als Regenten Wladislaw (Warschau), Senda (Posen) und Witos (Galizien) zu proklamieren.

Lemberg, 22. Okt. Die ukrainische Konstituante beriet in ihrer ersten Sitzung über Organisationsarbeiten und beschloß, vorerst in Lemberg und Czernowitz besondere Delegationen zu bilden und die gestrigen Beschlüsse der ukrainischen Nationalversammlung durch eine Sonderordnung der österreichischen Regierung als Regenten Wladislaw (Warschau), Senda (Posen) und Witos (Galizien) zu proklamieren.

Bukarest, 22. Okt. In der Kammer erklärte Ministerpräsident Marghiloman, Rumänen werde auf dem Friedenskongress die ganze Dobruđa verlangen.

Der Krieg.

Widerlegung der Greuelmärchen.

Berlin, 22. Oktober.

In einer Unterredung mit dem Direktor der Nordd. Allgem. Stg. erklärte der preussische Kriegsminister, daß die augenblickliche Überlegenheit der Feinde im Gebrauch der Tanks liegt. Es sei bei uns kräftig gearbeitet worden, um auf diesem Gebiet einen Ausgleich zu schaffen, falls wir den Krieg fortsetzen müssen. Mit großem Nachdruck wendete sich der Kriegsminister gegen die Greuelmärchen und gegen die Unterstellung, daß wir Einwohner der geräumten Gebiete verschleppt hätten. Dagegen erhob er lebhaftest Anklage gegen die Kriegsführung unserer Gegner und führte aus: „Daß bei einer so langen Dauer des Krieges und bei derartigen Massenbeeren Ausschreitungen und Robereien einzelner vorzukommen, liegt auf der Hand. Wo sie zur Kenntnis der Vorgesetzten kommen, werden sie rücksichtslos geahndet. Unsere Gegner werden sich von derartigen Vorkommnissen, über die mir eine Menge amtliches Material vorliegt, gewiß nicht freisprechen wollen, um so weniger, als sie wilde Völkerräume in den Reihen ihrer Kämpfer verwenden.“

Sterbei legte der Minister eine Anzahl photographischer Abbildungen vor, die u. a. offensbare Gräberanschandungen und systematische feindliche Beschädigungen von Dörfern und Städten zu Trümmerhaufen erkennen ließen, und erinnerte dabei an Winston Churchills Rede in Glasgow, in der er sich damit rühmt, daß mehr als 10.000 Granaten täglich von englischer Artillerie auf den Feind geschleudert wurden. Wir können also ruhig das Urteil der Welt abwarten, schloß der Minister, müssen aber die Bedingungen genauer und unparteiischer Untersuchung stellen und Gerechtigkeit fordern für den deutschen Kämpfer, der über der Jahre an der Front tapfer und aufopfernd seine Pflicht erfüllt, gewiß nicht schlechter als sein Gegner.“

Kleine Kriegspost.

Berlin, 22. Okt. Der Chef des Admiralsstabes der Marine, Admiral Scheer, ist nach dem Großen Hauptquartier abgereist.

Wien, 22. Okt. Der amtliche Österreichische meldet abgeschlagene Angriffe der Italiener am Monte Silemol. In Serbien und Albanien vielfach Raubzüge.

Safet, 22. Okt. Wie die „Times“ aus New York meldet, ist in Erwartung der deutschen Antwort der Senatsausschuß für Dienstag mittag einberufen. Danach wird dort voraussichtlich schon die Antwort Wilson's auf die neue deutsche Note, die förmlich erwartet wird, bekanntgeben.

Woskan, 22. Okt. Aus zuverlässiger Quelle kommt die Nachricht aus Odessa, daß die rumänische Regierung alle rumänischen Schiffe am Schwarzen Meer und der Donau für geschlossen erklärt hat.

Vom Tage.

Lügenhafte französische Berichterstattung.

Berlin, 22. Okt. Der französische Heeresbericht vom 22. Okt., 12.35 Uhr vormittags, meldet wörtlich: „Gartnädige Kämpfe fanden auf der Hochfläche östlich von Bouziers statt. Die Deutschen haben mehrere Gegenangriffe mit starken Kräften unternommen. Die Franzosen haben mit Erfolg allen Angriffen standgehalten und sind im Besitze ihrer Stellungen geblieben.“ Wir verweisen auf unsere heutigen amtlichen Heeresberichte, wonach wir die Höhen östlich von Bouziers zwischen Bouziers und Chetres und nördlich Calaise dem Feinde wieder entzogen und gegen starke Gegenangriffe des Gegners behauptet haben. Der Feind fällt seine Verichte, weil er nicht mag, seinem an Siegesnachrichten gewöhnten Volke die ihm durch unsere tapfere Gegenwehr beigebrachte Schlappe eingegeben zu sehen.

Konstituierung der deutsch-österreichischen Regierung.

Wien, 22. Okt. Die erste Regierung Deutsch-Österreichs hat sich konstituiert und diese Tatsache dem befreundeten und neutralen Regierungen, sowie der bisherigen Österreich-ungarischen Regierung mitgeteilt.

Schweiz Antwort an Wilson bevorstehend.

Wien, 22. Okt. Die österreichische Regierung wird bereits in den nächsten Tagen die Note Wilson's beantworten.

Friedensverhandlungen mit Österreich in Paris erwartet.

Genf, 22. Okt. In französischen parlamentarischen Kreisen wird trotz des entschiedenen Tones der letzten Wilson'schen Note an Österreich-Ungarn angenommen, daß Friedensverhandlungen unmittelbar bevorstehen.

Kabinettsrat in London.

Haag, 22. Okt. Sofort nach dem Bekanntwerden der deutschen Antwortnote an den Präsidenten Wilson fand in London ein Kabinettsrat statt.

Ein Koalitionskabinet in Polen.

Berlin, 22. Okt. Wie die Posa. Stg. meldet, ist in Warschau ein Koalitionskabinet gebildet worden, in dem Nationalisten und Nationaldemokraten sitzen werden. Ursprünglich bestand die Absicht, ein rein nationaldemokratisches (deutschfeindliches) Kabinet zu bilden.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 23. Oktober 1918.

* Das Eisener Kreuz 2. Klasse erhielt der Gefreite Fritz Bender (Sohn des Klempnermeisters Ferd. Bender) von hier, sowie der Scharfschütze Albert Post aus Schönbach. Ersterer wurde gleichzeitig zum Unteroffizier befördert.

* An Handwerkerlehrlinge, aber nur aus Herborn, sind aus der Friedrich Klingst'schen Stiftung wiederum einige Stipendien zu vergeben. Gesuche dieserhalb sind an Herrn Professor D. Haufen zu richten, und müssen die in der heutigen Anzeige festgelegten Punkte genau und gewissenhaft beantwortet werden, andernfalls diese Gesuche überhaupt nicht berücksichtigt werden können. Die Frist für die Einreichung dieser Gesuche läuft am 31. ds. Mts. ab.

Ufingen. Zur Unterbringung von etwa 60 Zöglingen der hiesigen Präparandenanstalt fordert die Regierung die Erbauung eines Präparandenheims aus städtischen Mitteln. Die Stadtverordnetenversammlung, die sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt, beschloß zunächst Erhebungen über die Notwendigkeit der Ausführung dieses Planes anzustellen.

Frankfurt a. M. Auf dem Heimwege von einem lohnenden Einbruch in ein Pelzwarengeschäft auf der Zeil wurde gestern früh ein Einbrecher von einem Schuhmann festgenommen. Der Einbrecher hatte zuvor den Raub — Pelzwaren im Werte von 25.000 Mark — in ein Gebüsch der Launusanlage geworfen, wo die Sachen später gefunden wurden. — Montag früh wurde in der Altstadt der bekannte Einbrecher und Dieb Georg Linkel beim Verkauf von Brotkarten überfallen und festgenommen. In Linkels Besitz fand man noch 1302 Stück glittige Brotcheine und mehr als 10.000 Mark bares Geld vor.

o Postverkehr Deutschland-Rumänien. Die Briefsendungen im Verkehr zwischen Deutschland einerseits und dem besetzten Rumänien einschließlich Besarabien und dem besetzten Rumänien nördlich der Donau an derererseits können fortan auch eingeschrieben versandt werden. Nachschneide sind zulässig. — Vom 21. Oktober ab sind im Verkehr mit dem besetzten Rumänien und Besarabien auch gewöhnliche und eingeschriebene geschäftliche Druckfachen (Barenangebote, Preisverzeichnisse usw.) bis zum Gewicht von 500 Gramm und Warenproben zugelassen.

Letzte Nachrichten.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.)

23. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Kämpfe in der Eys-Niederung dauern an. Heftige Angriffe des Gegners beiderseits von Deinze. Nördlich der Stadt wurden sie abgewiesen, südlich der Stadt nach anfänglichem Geländegewinn durch Gegenstoß westlich der Straße Deinze—Olene zum Stehen gebracht. Westlich von Kortrijk wurden wir vom Westrande von Bichte auf den Ostrand zurückgedrückt. Beiderseits des Ortes sind starke feindliche Angriffe gescheitert. In erbittertem Kampfe wurde die Höhe bei Reiberg vom Inf.-Regt. 10 unter seinem Kommandeur Major Grüner gegen vierfachen Ansturm des Gegners gehalten. Teilkämpfe in der Schelde-Niederung beiderseits von Tournai und Valenciennes.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südlich von Marle räumten wir den vorübergehend verteidigten Brückenkopf an der Serre und Souche und nahmen unsere Linien hinter die Bachabschnitte zurück. An der Aisne wiesen wir heftige Angriffe des Gegners beiderseits von Nanteuil ab.

Auf dem östlichen Aisneufer beiderseits von Bouziers und östlich von Oliz haben die Kämpfe großen Umfang angenommen. Nach stärkstem Artillerie-Einsatz griff

der Feind am frühen Morgen zwischen Oliz und Beauraupaire an. Auf den Höhen westlich von Bouziers konnte der Angriff etwas Boden gewinnen. An der übrigen Front ist er vor unseren Linien gescheitert. Auch am Nachmittag brach der Feind nach erneuter stärkster Artillerievorbereitung zum Angriff vor. Das 1. Bayr. Inf.-Regiment unter Führung seines Kommandeurs Majors Mödler, hat in zäher Verteidigung die Höhe östlich von Chetres gegen mehrfachen Ansturm des überlegenen Gegners gehalten. Auch auf der übrigen Front wurde der Feind unter schweren Verlusten für ihn abgewiesen.

Heeresgruppe v. Gallwitz.

Zwischen Argonnen und Maas und zwischen Maas und Mosel rege nächtliche Feuerstätigkeit. Teilkämpfe westlich der Maas und westlich der Mosel ohne besonderes Ergebnis.

Leutnant Büchner errang seinen 40. Lustsieg.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Staatssekretär Fischbeck über die Kriegsangelegenheiten:

Deutschland wird niemals eine Regierung haben, die nicht einmütig hinter der Kriegsangelegenheiten steht.

Jan. 1919

Berliner Pressestimmen zur gestrigen Reichstagsitzung.

Berlin, 23. Okt. (TU) Die „Germania“ meint: Im wahrhaften Sieg der Rechtsideen aber ist ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart zu erblicken und zugleich eine Aufgabe für die Zukunft, zu deren Erfüllung gerade des deutschen Volkes Kräfte geeignet erscheinen. In der Tat, es ist ein hoher und schwerer Weg, den uns der neue Kurs führt, er ist gerade des deutschen Volkes wert und würdig.

Das „Berl. Tagebl.“ bringt zum Ausdruck: Wenn der ganze bürokratische Unterbau, wenn die konservativen Herren Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte, ferner auch die ausschlaggebenden politischen Beamten in der Provinz, noch weiterhin eine Haltung einnehmen, die dem neuen Geist völlig abfeindend gegenübersteht, dann ist noch keine Gewähr für den Bestand des neuen Systems gegeben. Es muß bis unten durchgreifend und ohne jedes Zögern für die demokratische Zeit ein demokratisches Verwaltungspersonal berufen werden.

In der „Pos. Zeitung“ heißt es: Die Hauptsache des Parlamentarismus ist die Mitverantwortung der parlamentarischen Parteien und damit des gesamten Volkes für alles, was in der Politik geschieht. Auf ein Parlament, das diesen Kern der Forderung eines jeden Parlamentarismus erfüllt, kommt es allein an. Die beschlossenen Verfassungsänderungen machen auf alle Fälle diesen Kern des parlamentarischen Systems zu einem verfassungsmäßigen Bestandteil des deutschen politischen Wesens.

Der „Lok.-Anzeiger“ schreibt: Durch die großen Worte um die deutsche Zukunft wurden alle Redner und Hörer beeinflusst. Die Freude über den Anbruch der neuen Zeit war darum gedämpft und schweigend saßen auch die, die sie Jahrzehnte herbeigesehnt und dafür gekämpft haben, ihre Morgenröte blutig und in Nebelschleiern emporsteigen.

Der „Vorwärts“ betont: Ohne Sang und Klang, ohne Ehren und warmen Nachruf, nach Arme Sünder-Art auf einem Schinderhaken und unter den verdächtigen Zurufen der Menge wurde gestern im Reichstage jemand zu Grabe getragen: Das bankrotte Junker-Regiment, das verkrachte System des preussisch-deutschen Feudalismus.

Die „Tägl. Rundschau“ sagt: Unerfindlich, warum man uns auf diese Unterscheidung so sorgfältig hat warten lassen. Sie konnte ganz gut ebenso gehalten werden, ohne daß wir zuvor den farblosen Wortlaut unserer Antwort an Wilson kannten, die diese Debatte ja noch mehr mit grundsätzlicher verabredeter nichtsagender Zustimmung bewertete.

Die „Deutsche Tagesztg.“ erklärt: Eine wirkliche Gegenoffensive gegen die feindlichen Verläumdungen des Heeres, starke Töne nationalen Appells, Opferfreudigkeit und -bereitschaft, das aus dem Munde des Kanzlers wäre mehr gewesen als die gewiß ehrliche und aufrichtige, aber darum noch immer müde Resignation, in der unsere Regierenden in diesen schweren Jahren selten das rechte Wort zur rechten Zeit zu finden wußten, und es scheint ihnen jetzt, da sie das Volk verkörpern, erst recht nicht gegeben zu sein.

Die Stimmung in den Vereinigten Staaten.

Rotterdam, 23. Okt. (TU) Der Washingtoner Korrespondent des „Daily Chronicle“ drahtet: Niemand in den Vereinigten Staaten von Amerika will ein Kompromiß oder wird mit weniger zufrieden sein als mit einer militärischen Entscheidung, die die militärische Macht Deutschlands bricht. Gleichzeitig aber äußert man Besorgnisse über die Stimmung in Amerika. Man meint, daß brutale Kraft allein kaum hinreichend sein werde, um den Krieg bald zu beendigen. Eine Kriegsverlängerung würde aber für die Stimmung in den Vereinigten Staaten viel gefährlicher sein können, als irgend ein etwaiger anderer Faktor.

Das Echo der deutschen Note in Frankreich.

Zürich, 23. Okt. (TU) Aus Paris wird gemeldet: Sofort nach der Bekanntgabe der deutschen Antwortnote hatte Clemenceau eine Unterredung mit dem Minister des Aussenwerts Bichon und mit dem amerikanischen Botschafter. In Kreisen, die dem Ministerpräsidenten nahe stehen, herrscht die Auffassung, daß der Zeitpunkt näher rücken werde, wo sich Frankreich direkt mit der Frage des Waffenstillstandes zu befassen haben werde. Sommerhin sind das „Echo de Paris“, der „Matin“, das „Petit Journal“ und die meisten nationalistischen Blätter mit der deutschen Antwortnote nicht zufrieden. Ein Teil der Presse, besonders die sozialistischen Blätter, lehnen die Fortsetzung der Friedensarbeit nicht ab, sondern erklären, daß man nunmehr zu einem Waffenstillstand kommen müsse, da Deutschland die Bedingungen Wilsons angenommen habe und die Militärmacht durch die innere Umwälzung erledigt sei.

Der Kronrat in Wien und Oesterreichs Antwort an Wilson.

Wien, 23. Okt. (TU) Beim Kaiser Karl fand gestern ein Kronrat statt, an dem die beiden Ministerpräsidenten Hussarek und Bekerle und die gemeinsamen Minister teilnahmen. Graf Burian berichtete über die politische Lage und machte Vorschläge zu der Antwort auf die Wilsonnote. Daß diese Antwort unverzüglich erteilt werden wird, unterliegt keinem Zweifel. Der Kronrat stellte die Grundzüge fest, mit denen man Wilson zu einer Förderung der Friedensverhandlungen führen zu können glaubt.

Proklamierung der tschechisch-slovakischen Nation.

Genf, 23. Okt. (TU) Der tschechische Nationalrat proklamierte feierlich die Unabhängigkeit der tschechisch-slovakischen Nation. Eine Abschrift der Urkunde, in der die Dynastie der Habsburger als Herrscher abgelehnt wird, wurde dem Präsidenten Wilson übermittelt.

Neutrale Anerkennung.

Berlin, 23. Okt. (TU) Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht das von der neutralen Kommission unter dem 19. Oktober aufgestellte Protokoll über die Evakuierung der Bevölkerung innerhalb des belgischen Operationsgebietes. Das ausführliche Protokoll schließt mit den Worten: Die Gesandten erkennen gern an, daß die Maßnahmen, die von den deutschen Behörden in den Städten, denen die Beschießung drohte, ergriffen worden sind, stets von der Sorge um die Lage der Bevölkerung getragen waren, deren trauriges Los sie so gut es ihnen möglich war, zu mildern bemüht gewesen sind. Von dem dem deutschen Heere angehörenden Greuelstaten findet sich in diesem Protokoll kein Wort.

Paris außerhalb der engeren Verteidigungszone.

Zürich, 23. Okt. (TU) Der „Secolo“ meldet aus Paris: Paris wurde außerhalb der Verteidigungszone des Feldheeres erklärt. Der Ministerpräsident ist mit dem belgischen Minister des Innern nach Ostende abgereist, um die Schädenerfordernisse Belgiens an das deutsche Besatzungsheer festzustellen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Polizeiliche Bekanntmachung.

Die Arbeiterin Elisabeth Wörsdorfer aus Merkenbach, der Lehrling Karl Tritschler von hier, Kornmarkt 3, sind bei der Entwendung von Obst betroffen und bestraft worden.

Herborn, den 22. Oktober 1918.

Die Polizei-Verwaltung:
Der Bürgermeister: Birkendahl.

Feuerwehr-Hauptübung.

Die nächste Hauptübung der gesamten Feuerwehr wird auf Sonntag, den 27. ds. Mts., vormittags 8 Uhr festgesetzt.

Alle Abteilungen haben pünktlich zu erscheinen, sich bei den Aufbewahrungsräumen ihrer Geräte zu sammeln und weiteres abzuwarten.

Hornsignal wird nicht gegeben.

Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß alle männliche Personen bis zum 60. Lebensjahre zu erscheinen haben.

Fernbleiben ohne genügende Entschuldigung wird bestraft.

Genügend begründete Befreiungsgehalte sind rechtzeitig bei dem mitunterzeichneten Brandmeister anzubringen.

Herborn, den 22. Oktober 1918.

Der Stellvert. Brandmeister: W. Hoffmann. Der Bürgermeister: Birkendahl.

Aus der

Friedrich-Jüngst'schen Stiftung

können einige

Stipendien an Handwerkerlehrlinge

aus Herborn vergeben werden. Gesuche an den Unterzeichneten müssen enthalten:

1. Name, Geburtsdatum, Wohnung;
2. Führungszeugnis vom Lehrherrn und Angabe des täglichen Verdienstes.

Gesuche die diese Punkte nicht genau und gewissenhaft beantworten, können überhaupt nicht berücksichtigt werden. — Gesuche sind abzugeben bis 31. Oktober 1918.

Herborn, den 23. Oktober 1918.

Namens des Kuratoriums:
Professor D. Haufen, Dekan.

Milchseparatoren, Buttermaschinen, Wendepflüge aller Art, Obstpressen, Rübenschnneider, Brockelmühlen, Futterschneidmaschinen, Räucherapparate (Qualm)

sofort ab Lager lieferbar.

Reparaturen aller landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte. Autogen-Schweißung d. kompliziertesten Brüche
Filterfabrik Roth (Dillkreis).

Postfach 10274
Konto 2311
Str. 10274.

Obstbäume

Telephon
Herborn
Str. 51.

Kern-, Stein- und Beerenobst in allen Formen und erstklassiger Ware.
Koniferen und Alleeobst
sowie sonstige Baumkulturartikel.

C. Lohse, Baumschulen und Kirchen an der Sieg.
— Neueste Preisliste kostenfrei. —

20 bis 30 Mädchen

(nicht unter 16 Jahren) für leichte Arbeit in unserer

Laborierabteilung

in der Neustadt auf sofort gesucht. Anmeldungen daselbst.

Arthur Pfeiffer, Wehlar.

Suche für sofort gegen hohen Monatslohn ältere

Mädchen oder Kriegerfrau

für Küchenarbeit in Gefangenen-Menage.

Heinrich Bellersheim,
Grube Freiengrunder Bergwerksverein
bei Reunkirchen (Bez. Arnsberg).

Hilfsarbeiter und Hilfsdreher

für Geschloßbearbeitung werden eingestellt.

Herkules-Werk, G. m. b. H.,
vorm. Wilh. Momma, Wehlar.

Älteres, zuverlässiges Mädchen

in kleinen, landwirtschaftlichen Haushalt gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Krankheitshalber eine ordentl. Frau

zum Waschen usw. gesucht für einige Tage, auch stundenweise gegen anständige Vergütung.
Frau Schnitzer, Anstalt.

Suche für baldigst ein in Küche und Hauswesen durchaus erfahrene

Mädchen

oder einfache Stütze. Nur solche, die wirklich treu und zuverlässig sind, wollen ihre Zuschriften richten unter H. G. 1 an die Geschäftsstelle ds. Bl. Hilfe vorhanden.

Braves Alleinmädchen

für Küche und Haus gesucht. Dr. Falk, Frankfurt a. M., Comeniusstr. 12, I.

Ein gebrauchter und ein neuer

Dauerbrandofen

billig abzugeben.

H. Link, Architekt.

Landhaus

oder kleines Geschäftshaus in Herborn oder Umgebung zu mieten oder zu kaufen gesucht. Angebote unter H. 18 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbitten, worauf mündliche Aussprache erfolgen kann.

Jauchepumpen Rübenschnneider

empfiehlt W. Wagner, Obersheld.

18,5 Ftm. prima eichene Stangen

bis zu 29 cm Durchm., sehr geeignet für Stellmacher, hat preiswert abzugeben

H. Link, Architekt.

Särge

eichen, kiefern, Zink- särge stets auf Lager. Uebernahme von Ueberführung.

Louis Krauskopf, Dillenburg.

Bettmöbeln

Alter u. Beschlecht angeben. Auskunft umsonst. Herbornhaus Möbelfabrik, Röhren 707, Habelstr. 12.

Grundstück-Versteigerung.

Am kommenden Donnerstag, den 24. Oktober, abends 8 1/2 Uhr bringe ich im Auftrage der Erben der Louis Eberh Eheleute, dahier, folgende Grundstücke zum öffentlichen Ausgebot, mit dem Bemerken, daß bei günstigen Geboten der Zuschlag sofort erfolgen kann.

- 1) 16 ar 88 qm Wiese in Volpertgrund
- 2) 12 „ 65 „ Acker daselbst
- 3) 4 „ 79 „ Garten in der unteren Bih
- 4) 21 „ 54 „ Wiese im mittl. Seifen (Gem. Hörbach)
- 5) 69 „ Acker im großen Seifen daselbst
- 6) 27 „ 78 „ Wiese im großen Seifen
- 7) 5 „ 77 „ Wiese auf der Rehe
- 8) 4 „ 44 „ Wiese in Mangolds Grund
- 9) 20 „ 73 „ Wiese im großen Seifen
- 10) 6 „ 50 „ Wiese im großen Seifen

Die Versteigerung findet im Lokal des Herrn Gastwirts Louis Lehr statt.

Im Anschluß an dieses Ausgebot wird der Heil'sche Zugarten 5,94 Ar groß, belegen gegenüber dem Bahnübergang am Eisenwerk, unmittelbar am Wege und mit Wasserversorgung, sowie Dunggrube versehen, nochmals ausgetoten.

Ferner versteigere ich daselbst im Auftrage des Herrn Drechslermeisters Carl Kunz hier, eine Wiese im Hindertal 15,03 Ar groß.

Herborn, den 21. Oktober 1918.

Ferdinand Nicodemus.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Verstorbenen sprechen wir allen für die zahlreichen Kranzspenden, insbesondere Herrn Pfarrer Encke für die trostreichen Worte am Grabe und allen denjenigen, die dem teuren Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen, auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank aus.

Sinn, im Oktober 1918.

Familie Heinrich Fene sen.



Tiefbewegt erhielten wir die erschütternde Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bräutigam, Bruder, Schwager und Onkel,

der Sergeant

Reinhard Pfeifer,

Inhaber des Eisernen Kreuzes.

im Alter von 27 Jahren am 12. Oktober im Lazarett zu Karbinowka in Rußland an den Folgen der Grippe gestorben und auf dem dortigen Zivilfriedhof mit militärischen Ehren beerdigt worden ist.

Er hat den Krieg vom ersten Tag an mitgemacht, zuerst in Frankreich, dann in Rußland, dann wieder in Frankreich und ist zweimal verwundet worden. Aus dem Urlaub im Elternhause an seinem neuen Bestimmungsort angelangt, mußte er sich sofort krank melden und erlag in kurzer Zeit der heimtückischen Krankheit. Zwei seiner Brüder haben ebenfalls den furchtbaren Krieg mitgemacht; der eine von ihnen kämpft noch heute an der Westfront.

Sinn, den 21. Oktober 1918.

Wilhelm Pfeifer

u. Frau Karoline, geb. Becker

Friedrich Pfeifer, z. Zt. im Felde

u. Frau Luise, geb. Fischer u. Kind

Willi Pfeifer u. Frau Therese, geb. 11 im

Albert Pfeifer

Bertha Pfeifer

Eina Pfeifer

Eina Petry als Braut.



Unerwartet erhielten wir die Nachricht, daß unser innigstgeliebter Sohn und Bruder

Carl Pleß,

Schütze in einer M.-G.-Kompanie, Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl.,

nach treuer Pflichterfüllung im Alter von 19 Jahren auf dem Felde der Ehre den Heldentod gefunden hat.

Herborn, den 22. Oktober 1918.

In tiefer Trauer:

Wilhelm Pleß, Oberpostschaffner und Familie.